

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1951**

17 (20.1.1951)

# ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Täglich mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.20 DM, zuzüglich 54 Pfg. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pfg. — Frei Haus 2.50, im Verlag abgeholt 2.20 DM

Badischer Landsmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

3./52. Jahrgang

Samstag, den 20. Januar 1951

Nr. 17

**Sozialpartner wurden nicht einig**  
Neue Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften Anfang nächster Woche — Kabinett tagte ohne Kanzler

Bonn (UP). Arbeitgeber und Gewerkschaftler aus der Grundstoffindustrie konnten in einer fast sechsstündigen Sitzung in Bonn keine reifliche Einigung über die Lösung des Mitbestimmungsrechts in den Betrieben von Kohle, Stahl und Eisen erzielen. Die Verhandlungen sollen am Montag und Dienstag kommender Woche fortgesetzt werden.

„Die Lage ist absolut offen“, erklärte der erste Vorsitzende des DGB, Dr. Böckler, nach Beendigung der Sitzung. Böckler sah eine gewisse Schwierigkeit für die Verhandlungen darin, daß die Arbeitgebervertreter nicht über eine so ausreichende Legitimation verfügten wie die DGB-Delegation. Diese Ansicht wurde später von Seiten der Arbeitgeberabordnung durch den Generaldirektor der DKB, Dr. Kost, bestätigt. Er betonte, daß er über das Wochenende erst einmal mit seiner „Gruppe“ sprechen müsse, um am Montag weiter zu verhandeln. Er unterstrich, daß er zuversichtlich sei und mit einem Ausgleich rechne.

Wie verlautet, soll es auch weiterhin dabei bleiben, daß die Bundesregierung nur im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen eingreifen wird. Nach Schluß der Beratungen in der kommenden Woche wird eine gemeinsame Erklärung der Sozialpartner abgegeben werden.

Das Bundeskabinett erörterte in Abwesenheit des Bundeskanzlers vier neue Steuervorlagen des Bundesfinanzministers und diskutierte erneut das Lastenausgleichsgesetz, das zur gleichen Zeit vom Bundesrat beraten wurde. Der Kanzler konnte an der Sitzung nicht teilnehmen, da er zeitweilig den Beratungen der Sozialpartner über das Mitbestimmungsrecht beiwohnte. Nach geringen textlichen Änderungen sollen die neuen Steuervorlagen über die Änderung der Einkommensteuer, der Umsatz-, Beförderungs- und der Verkehrssteuer dem Bundesrat zugehen. Das Kabinett diskutierte ferner „ganz allgemein“ noch einmal das Problem der Mitbestimmung und verabschiedete schließlich einige Verwaltungsvorschriften zum Kriegsober-Versorgungsgesetz.

## McCloy: Kein Zwang zur Waffe

Brief an einen jungen Deutschen

Frankfurt (UP). Ein „objektives Denken“ über einen deutschen Verteidigungsbeitrag empfiehlt der amerikanische Hohen Kommissar McCloy in einem Brief an einen jungen Deutschen. McCloy versichert darin, niemand denke daran, die westdeutsche Jugend zum Wehrdienst zu zwingen. Andererseits müsse sich die deutsche Öffentlichkeit jedoch darüber klar werden, daß sie die Abwehr eines eventuellen Angriffs nicht allein den jungen Amerikanern, Franzosen oder Engländern überlassen könne. Auch Westdeutschland müsse zu den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen beitragen, die die europäischen Mächte unternehmen. Der Hohen Kommissar gibt ferner den Rat, nicht ständig die „Ehre des deutschen Soldaten“ zu betonen. Ehre müsse selbstverständlich sein und die des deutschen Offizierskorps als Gesamtheit werde sogar von Deutschlands früheren Feinden als selbstverständlich betrachtet.

Der junge Deutsche — Herbert Roske aus Neustadt an der Saale — hatte in seinem Schreiben an McCloy die westlichen Alliierten der Diskriminierung Deutschlands beschuldigt und vorgeschlagen, allen Soldaten einer gemeinsamen Streitmacht eine intereuropäische Staatsbürgerschaft zu geben.



Davies in Deutschland

Der Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Ernest Davies, unterrichtet sich in Düsseldorf und Essen über die Lage in der Ruhr-Stahlindustrie, die durch die Streikankündigung entstanden ist. Während seines Besuchs in Essen besichtigte der Unterstaatssekretär (Mitte), begleitet vom Essener Oberbürgermeister Dr. Toussaint (rechts), Fabrikanlagen der Stadt.

## Aenderung des Lastenausgleichs?

Bundesrat gegen Hauptschädigung — Mineralölsteuer erhöht

### Das große Problem

Das einschneidendste Gesetzgebungswerk der Nachkriegszeit — der Lastenausgleich — wurde vom Bundesrat in einer dreistündigen Sitzung behandelt. Der Hamburger Finanzsenator Dudek wies zu Beginn seines Berichtes über die Empfehlungen des Bundesrates zum Lastenausgleichsgesetz auf die Unmöglichkeit eines idealen und allen Teilen gerecht werdenden Ausgleichs der Kriegsfolgenlasten hin. Im Gegensatz zu den Vorschlägen der Bundesregierung sprach sich der Bundesrat gegen die Zahlung einer sogenannten Hauptentschädigung aus. Dadurch würden in großem Umfang Mittel für die Eingliederung der Geschädigten in den Wirtschaftsprozess und für die Schaffung von notwendigem Wohnraum frei. Auf diese Weise komme der Lastenausgleich einem wesentlich größeren Teil der Geschädigten zugute. Der Festsetzung der Abgabehöhe von 30 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens stimmte der Bundesrat zu. Sagen wurde eine sofortige Fälligkeit der Vermögensabgabe abgelehnt. Im übrigen stimmte der Bundesrat dem Gesetzentwurf der Regierung vorbehaltlich der Einarbeitung seiner Empfehlungen zu.

Der Bundesrat billigte ferner das Änderungsgesetz zum Mineralölsteuergesetz. Damit kann dessen Verkündung erfolgen, da der Bundesfinanzminister Schaffer erklärte, daß er die Genehmigung der Hohen Kommission schon eingeholt habe. Mit der Inkraftsetzung des Gesetzes erhöht sich der Preis für Benzin um 10 Pfennig auf 65 Pfennig je Liter und für Dieselkraftstoff um 7 Pfennig auf 45 Pfennig je Kilogramm.

### Bonn will bauen

Bundestagspräsident Ehlers machte die Presse mit einem Plan bekannt, das Bundeshaus durch ein großes Bürogebäude zu erweitern, damit der Raumnot der 410 Abgeordneten begegnet werden könne. Ehlers begründete die dringende Notwendigkeit eines zusätzlichen Bundeshausflügels mit dem Hinweis, daß rund 340 Abgeordnete nur 20 bis 30 Räume zur Arbeit zur Verfügung hätten. Der siebenstöckige Neubau soll einschließlich

der Einrichtung rund 1,6 Millionen DM kosten und rund 130 Arbeitsräume enthalten. Jeweils zwei Abgeordnete werden ein Zimmer erhalten. Die Räume sollen „vorbildlich nüchtern und billig“ ausgestattet werden.

### Erst dann, wenn...

Eine offizielle alliierte Erklärung als Antwort auf die Bundestagsdebatte über die Besatzungskosten ist, wie verlautet, vorerst nicht zu erwarten. Alliierte Kreise ließen jedoch erkennen, daß die Ausführungen des Bundesfinanzministers an sich positiv betrachtet werden. Dagegen hätten die Bemerkungen einzelner Abgeordneter nicht immer die erforderliche Sachlichkeit gezeigt. Die genannten Kreise geben gleichzeitig zu verstehen, daß die Westmächte — wenn es zur Aufstellung westdeutscher militärischer Verbände kommen sollte — vermutlich eine andere Haltung in der Besatzungskostenfrage einnehmen würden. Die Aufstellung von Truppen würde nämlich so hohe Kosten verursachen, daß der Bundesrepublik nicht ohne weiteres die volle Weiterzahlung der Besatzungskosten zugemutet werden könne.

### Eden bei Heuss

Der frühere britische Außenminister Eden wurde von Bundespräsident Heuss auf Viktoraböbe zu einer Aussprache über politische Tagesfragen empfangen. Anschließend traf der stellvertretende Vorsitzende der britischen Konservativen Partei mit Bundeskanzler Adenauer im Dienstgebäude des britischen Hohen Kommissars zusammen. Auch bei dieser Gelegenheit unterrichtete sich Eden über aktuelle politische Probleme der Bundesrepublik.

### Über „Rias“ Berlin

Der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Schumacher, wird am Sonntagmittag in einer Ansprache über den Sender Rias zur politischen Lage Stellung nehmen, wie sie nach der Erklärung der Bundesregierung zum Gutewohlbuch entstanden ist. Schumacher will dabei auch auf die Vorschläge ostzonaler Politiker über die Wiedervereinigung Deutschlands eingehen.

## Bis 1952 zehn US-Divisionen in Europa

Repräsentantenhaus fordert Verurteilung Chinas durch Vereinte Nationen

U. St. Washington. Die US-Regierung ist heute entschlossen, gegen jede Begrenzung amerikanischer Truppenverstärkungen in Europa zu kämpfen. Aus unterrichteten Kreisen verlautet, die Regierung beabsichtige bis zum Juli 1952 zehn Divisionen in Europa zu stationieren.

Die Forderung nach einer entschiedenen Begrenzung wurde von dem republikanischen Senator Taft erhoben. Die Demokraten argumentieren jedoch, eine solche Begrenzung werde dem Präsidenten die Hände binden und ein schnelles Handeln im Ernstfall unmöglich machen.

Aus Kreisen hoher US-Militärs wird berichtet, die militärischen Führer der Vereinten Staaten hätten vor kurzem dem Militärausschuß des Senats erklärt, daß sechs amerikanische Divisionen nach Europa entsandt würden. Es hat den Anschein, als sollten diese sechs Divisionen zu den sechs in Europa befindlichen drei und bereits für Europa bestimmten einen Division hinzutreten.

Der Generalstabschef der US-Armee, General Collins, und der Chef des Stabes, Admiral Sherman, erklärten vor dem Senatsausschuß für militärische Bereitschaft, daß die vorgesehene Gesamtstärke der Streitkräfte von 3 462 000 Mann voraussichtlich weiter erhöht werden müsse. Collins sagte, daß die Armee am 1. Juli über 24 aktive Divisionen verfügen werde.

Der Leiter des Amtes für Wirtschaftsstabilisierung Alan Valentine, ist von Präsident Truman seines Postens entbunden worden, da er nach Ansicht des Präsidenten die Vorbereitung der Lohn- und Preiskontrollen zu langsam betrieb. Zu seinem Nachfolger ernannte Truman den Präsidenten des Verbandes der amerikanischen Filmindustrie, Eric Johnston.

Das amerikanische Repräsentantenhaus nahm durch Zuzug mit überwältigender Mehrheit eine Resolution an, in der die Vereinten Nationen aufgefordert werden, die kommunistische Regierung Chinas als Aggressor in Korea zu verurteilen. Die Resolution wurde vom demokratischen Fraktionsvorsitzenden McCormack und vom republikanischen Fraktionsvorsitzenden Martin gemeinsam eingebracht. Ein ähnlicher Antrag wird im Senat vorbereitet. Es ist damit zu rechnen, daß auch der Senat fast einstimmig die Ächtung Chinas verlangen wird.

Wie aus Lake Success verlautet, haben die USA die Absicht aufgegeben, ihren Antrag auf Verurteilung der kommunistischen Regierung Chinas noch in dieser Woche vorzubringen. In einer Besprechung mit den Delegierten der anderen Staaten, die den amerikanischen Entwurf mit unterzeichnen wollen, wurden einige Änderungen im Wortlaut der Vorlage beschlossen. Die anderen Delegierten müssen sich jetzt noch mit ihren Regierungen über diese Änderungen verständigen, bevor der Entwurf im Ausschluß vorgelegt werden kann.

Der Politische Ausschuß der UN setzte inzwischen die Beratungen über die durch die chinesische Ablehnung seiner Friedensvorschläge für Korea entstandene Lage fort.

## Paris versucht zu bremsen

Französische Diplomaten warren vor unvorsichtigem Handeln gegenüber China. „Vorgehen der USA überleitet“

W. R. Paris. Zu einer Konferenz über den ganzen Fragenkomplex der Ost-West-Krise traf der französische Außenminister Schuman mit den prominentesten Vertretern Frankreichs auf diplomatischen Außenposten zusammen. Die vier Diplomaten — Botschafter Massigli (London), Botschafter Bonnet (Washington), Chefdelegierter bei den Vereinten Nationen Chauvel und der Hohen Kommissar François-Poncet (Bonn) — trugen dem Außenminister vor, wie man in ihren Arbeitsbereichen die Weltlage beurteilt.

Hintergrund der Konferenz war die zunehmende Tendenz französischer Regierungs-

kreise, das ihrer Ansicht nach übertriebene Vorgehen der Vereinten Staaten zu bremsen und dafür nach Möglichkeit auch Großbritannien als Verbündeten zu gewinnen. Warnungen vor unvorsichtigem Handeln sind nach Mitteilung von unfernter Seite auch von den vier zur Konferenz gekommenen Diplomaten geäußert worden.

Die Bitte, sich Zurückhaltung aufzuerlegen, ist Ministerpräsident Plevien und Außenminister Schuman ferner vom indischen Ministerpräsidenten vorgetragen worden. Ihre Unterredung mit Nehru dauerte über eine Stunde. Als sie anschließend von Berichtstattern beurlaubt wurden, sagte Schuman

## Eine bittere Pille

Von Dr. Volkmar Muthesius

Vier Milliarden D-Mark neue Steuern will die Bundesregierung pro Jahr aus dem Wirtschaftsleben herauspressen; das bedeutet, wenn man den Betrag am bisherigen jährlichen Steueraufkommen des Bundes und der Länder mißt, ein Mehr von etwa 20 Prozent.

Bedeutet es auch, daß der einzelne auf seiner Lohnliste und seinem Gehaltszettel künftig den Steuerbetrag um ein Fünftel erhöht sehen, daß er also 20 Prozent mehr Steuern als bisher zu zahlen haben wird? Stellt man die Frage so, so kann man sie — Gott sei Dank — verneinen. Man braucht nicht zu fürchten, daß der kleine Mann eine solche direkte Mehrbelastung auferlegt bekommt. Aber dabei muß man den Ton auf das Wort „direkt“ legen — nur was die direkte Last anlangt, werden wir glimpflich davonkommen; indirekt aber werden wir alle spüren, daß aus dem Volkseinkommen als Ganzem nun noch einmal mehr herausgepreßt werden soll, um die staatlichen Ausgaben zu finanzieren.

Der Lohnsteuertarif soll zwar unverändert bleiben, aber wenn, wie es geplant ist, die Umsatzsteuer erhöht wird, und zwar von 3 auf 4 Prozent, so wird das bedeuten, daß jeder Warenkauf sich verteuert, zwar, für sich betrachtet, nur um eine Kleinigkeit. Aber viele Wenig geben ein Viel, und wenn auf diese Weise allein ein bis anderthalb Milliarden Mehreinnahmen des Staates herausgeholt werden sollen, so zeigt dies schon das Gewicht einer solchen Maßnahme.

Praktisch gesehen werden sich, wenn diese „Reform“ der Umsatzsteuer durchgeführt wird, alle Preise um 1 Prozent erhöhen, womit nicht gesagt ist, daß sich nun wirklich jede Streichholzschachtel oder jedes Stück Brot um 1 Prozent verteuert; in der Kalkulation und in den Kleinhandelspreisen für minder wertvolle Waren ist dies ja häufig gar nicht möglich. Wenn man aber die Warensumme aufs ganze betrachtet, so werden eben doch die Umsatzwerte insgesamt um diese ein bis anderthalb Milliarden steigen — zu Lasten des Verbrauchers.

Die meisten Konsumenten werden freilich froh sein, wenn ihnen die bittere Pille in dieser etwas verflüchtigen Form gereicht wird; sie werden es immer noch lieber sehen, als wenn auf Lohnliste und Gehaltszettel größere Abstriche als bisher vorgenommen würden. Für alle Menschen aber, die ein Einkommen aus selbständiger geschäftlicher oder sonstiger Tätigkeit im Wege der Veranlagung zur Besteuerung bringen, sehen die Dinge anders aus.

Auch bei ihnen wird der Einkommensteuertarif an sich nicht geändert, aber diese Menschen werden mit dem Wegfall gewisser, bisher gewählter steuerlicher Vergünstigungen zu rechnen haben, was praktisch auf eine Erhöhung der Einkommensteuerlast hinausläuft, einerlei, in welcher Form sie sich auch vollziehen wird. So soll die sogenannte „Selbstfinanzierung“ erschwert und verringert werden, das heißt die Einbehaltung von Geschäftsgewinnen zum Zwecke von Anschaffungen, Bauten usw.

Politisch mag es sehr populär klingen, wenn Geschäftsgewinne auf diese Weise geschmälert werden, aber wie sich solche Maßnahmen etwa auf die Bautätigkeit auswirken werden, das steht auf einem anderen Blatt.

Im übrigen wird es über die Steuerreform sicher noch heftige Kämpfe geben. Mit Recht hat der „Bund der Steuerzahler“ verlangt, daß zunächst einmal größere Klarheit darüber geschaffen werden müsse, ob die staatlichen Verwaltungsausgaben wirklich schon so genau durchgekämmt sind, daß der Steuerzahler überzeugt sein darf, es werde sparsam gewirtschaftet. Es wird nicht allzu viele geben, die dieser Überzeugung sind. Desto bitterer wird selbst die etwas verflüchtete Pille wirken.

ischend: „Wir haben über einige sehr interessante Sachen gesprochen, doch ist nichts davon für die Öffentlichkeit bestimmt.“

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Trygve Lie, ist inzwischen zu einem Meinungsaustausch mit Außenminister Bevin von Paris nach London abgeflogen. Ein Sprecher des Generalsekretärs sagte, dieser werde Bevin voraussichtlich über die Haltung Frankreichs in der fernöstlichen Frage unterrichten. Während seines ganzen Aufenthalts in Paris hatte es Lie stets vermieden, seine eigenen Ansichten zur gegenwärtigen Krise zu äußern. Er war unter anderem nach Paris gekommen, um festzustellen, welche Möglichkeiten dort für die Abhaltung der nächsten Generalversammlung der Vereinten Nationen beständen. Die französische Regierung soll allerdings wenig Neigung zeigen, die Generalversammlung bei sich aufzunehmen, einmal wegen der Kosten, und dann, weil die Taranz-

zeit mit den allgemeinen Wägen zusammenfallen würde.

Inzwischen hat der britische Bodeort Blackpool die UN eingeladen, die nächste Generalversammlung in seinen Mauern abzuhalten. Blackpool ist die traditionelle Stätte der Parteitage der Konservativen Großbritanniens.

Eisenhower in Deutschland

Zunächst nach Heidelberg zu General Handy Frankfurt (UP). Der Oberkommandierende der atlantischen Streitkräfte, General Eisenhower, wird am Samstagmorgen von Luxemburg kommend, mit dem Flugzeug in Frankfurt eintreffen. Soweit bisher bekannt ist, will er zunächst nach Heidelberg weiterfahren, um dort mit dem Befehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa, General Handy, militärische Fragen zu besprechen. Mit dem amerikanischen Hohen Kommissar McCloy wird Eisenhower am Montag in Frankfurt zusammentreffen. Dabei dürfte sich der General besonders über die politische Situation in Deutschland informieren, wie sie sich aus der Frage eines westdeutschen Verteidigungsbudgets ergibt. Am Montagabend hat Eisenhower in der Homburger Wohnung McCloy's Gelegenheit, mit deutschen Persönlichkeiten selbst zu sprechen. Zu dieser Zusammenkunft sind eingeladen: Bundeskanzler Adenauer, Vizekanzler Blücher, Dr. Schumacher, Dr. Schäfer (FDP), die militärischen Berater des Kanzlers, Heusinger und Speidel, sowie andere deutsche Vertreter.

Flucht nach dem Westen

Ein Staatssekretär und ein Bürgermeister

Berlin (UP). Wie aus zuverlässigen Kreisen verlautet, ist der Geschäftsführer der Ost-CDU, Wilhelm Bachen, vom Ostsektor Berlins nach dem Westsektor geflohen, wo er bei Freunden Unterschlupf gefunden hat. Über die Gründe seiner Flucht wurde noch nichts Näheres bekannt. Bachen war bis vor drei Monaten Staatssekretär im Ministerium für Verkehr. Gleichzeitig traf der Bürgermeister von Rostock, Walter Schulz (SED), auf der Flucht von dort in Westberlin ein. Schulz, ein früheres SPD-Mitglied, betonte Freunden gegenüber, daß die Überprüfung der SED-Parteimitglieder in erster Linie gegen die früheren Sozialdemokraten gerichtet sei, die alle aus der Partei ausgeschlossen werden sollen und denen später die Verhaftung drohe.

Über die Zonengrenze abgeschoben. 148 Teilnehmer an einer Tagung des „Gesamtdeutschen Arbeitskreises für Landwirtschaft und Forstwesen“, die illegal aus der Sowjetzone gekommen waren, wurden von der Polizei Hannovers an die Zonengrenze gebracht und in die Ostzone abgeschoben.

„Deutscher Bismarck-Bund“? Ein „Deutscher Bismarck-Bund“ soll in Kürze in Bremen gegründet werden. Der Sprecher einer hieran interessierten Gruppe rief „alle deutsch-interessierten Männer und Frauen, welche im Geiste des großen Staatsbaumeisters Bismarck am Neuaufbau des deutschen Reiches mitarbeiten wollen“, öffentlich zur Beteiligung auf.

Reservistenübungen in Großbritannien. Die britische Regierung beabsichtigt, eine bestimmte Zahl von Reservisten zu dreimonatigen Übungen einzuberufen.

Reisebeschränkungen für Diplomaten. Das ungarische Außenministerium hat mit sofortiger Wirkung verfügt, daß alle ausländischen Diplomaten sich nur mit einer Sondergenehmigung weiter als 30 Kilometer von der ungarischen Hauptstadt bewegen dürfen.

Spione zum Tode verurteilt. Vier jugoslawische Spione sind von einem albanischen Gerichtshof in Pechkopi zum Tode durch Erschießen verurteilt worden.

Neue Maßnahmen zur „Rassentrennung“. Die südafrikanische Regierung kündigte an, daß sie weitere Maßnahmen zur Durchführung ihrer Politik der Rassentrennung einzuleiten gedenke.

„Ruhe vor dem Sturm“ in Korea

Wonschu wieder in der Hand der UN-Truppen — Wo blieb die dritte Feldarmee der Chinesen?

Tokio. Die in das von den Kommunisten geräumte Wonschu eingedrungenen Spähtruppen der UN-Streitkräfte sind durch weitere alliierte Truppen verstärkt worden. Durch die Wiederbesetzung dieses mittelmittelkoreanischen Verkehrsknotenpunktes haben die UN-Truppen einen tiefen Keil in die elastischen kommunistischen Linien an der Zentralfront getrieben.

Das gesamte Gebiet war Anfang dieser Woche von den alliierten Truppen aufgegeben worden, die sich nach nicht bekanntgegebenen Stellungen weiter südlich zurückzogen, um ihre Front zu verkürzen und zu begründen. Nach Mitteilungen militärischer Kreise werden aber die Berge um Wonschu immer noch von einer starken kommunistischen Streitmacht gehalten.

Von seiten chinesischer Nationalisten in Tokio war behauptet worden, daß die dritte Feldarmee der chinesischen Kommunisten nach der Mandschurei zurückverlegt worden sei. Sie solle dort reorganisiert werden, da sie im Dezember in Nordostkorea durch amerikanische Marine- und Infanteriedivisionen stark angeschlagen worden sei und hohe Verluste erlitten habe. Falls diese Berichte stimmen sollten, würden sich die gegenüberstehenden Streitkräfte in Korea wieder zahlenmäßig einander angeglichen haben. Den ungefähr 250 000 Mann chinesischer und nordkoreanischer Kommunisten stünde dann eine ungefähr gleich große Zahl alliierter Truppen gegenüber.

Während über den Rückzug dieser chinesischen Armee berichtet wurde, begannen kommunistische Vorposten, die Tanks mit sich führen. Angriffe gegen die Truppen der achten Armee. Es wird angenommen, daß diese Vorstöße der Beginn einer neuen Offensive sind, die das Ziel verfolgt, die Alliierten auf ihren alten Pusan-Brückenkopf zurückzuwerfen.

In den Sobaek-Bergen in Mittelkorea sickerten kommunistische Truppen durch die Stellungen der achten Armee und begannen sich im Hinterlande der Front zu sammeln, scheinbar um die Offensive durch Angriffe im Rücken der UN-Truppen zu unterstützen. Um diese durchgesicherten Kommunisten auszuräumen, wurden eine Anzahl Dörfer von den Truppen der Vereinten Nationen in Brand gesteckt.

„Verbrannte Erde“

Die Verbände der Vereinten Nationen werden von südkoreanischen Zivilisten mit Protesten gegen die Strategie der „verbrannten Erde“ bestürmt, die zur völligen Zerstörung zahlreicher Städte, Dörfer und Bauernhöfe geführt hat. Die Südkoreaner erklären, von den Kommunisten hätten sie nichts anderes als Brutalität erwartet. Sie seien aber erstaunt darüber, daß die Amerikaner ihre Heimplatzten zerstörten. Die höheren Stäbe nehmen die Proteste der Koreaner mit Verständnis auf. Die Offiziere an der Front aber erklären, ihnen bleibe nichts anderes übrig, als jedes Haus zu zerstören, in dem der Gegner sich verbergen könne.

„USA verkennen unsere Bemühungen“

Französische Offiziere in Indochina erbittert

S. Hanoi. Unter den französischen Offizieren in Indochina macht sich in zunehmendem Maße eine Bitterkeit gegenüber den Vereinigten Staaten bemerkbar. Sie sind der Ansicht, daß Amerika die Bemühungen Frankreichs um die Verteidigung Indochinas gegen den Kommunismus nicht zu würdigen wisse und verkenne, daß in Indochina eine der wichtigsten Fronten gegen den Weltkommunismus bestehe. Zahlreiche Offiziere betonten, daß die Anstrengungen, die Frankreich in

Indochina unternahme, im Verhältnis zu den Möglichkeiten Frankreichs größer seien als die amerikanischen Bemühungen in Korea. Diese Offiziere geben auch zu, daß etwa 50 Prozent der französischen Truppen in Indochina Fremdenlegionäre sind. Sie betonen jedoch, daß die Legion in Europa wertvolle Dienste leisten könnte, wenn sie nicht in Indochina gebunden wäre. Der vierjährige Kampf in Indochina habe Frankreich mehr Geld gekostet, als es durch den Marshallplan erhalten habe. Die Verluste in Fernost erwürten überdies den Aufbau der französischen Streitkräfte in Europa.

Gerichte um Stalin

Washington weiß nichts von Erkrankung

Rom (UP). Wie eine römische Nachrichtenagentur wissen will, soll Stalin in letzter Zeit kurz nacheinander zwei Herzinfälle erlitten und die Führung der Staatsgeschäfte an den stellvertretenden russischen Ministerpräsidenten Molotow abgegeben haben. In Washington — so behauptet die Agentur weiter — lägen darüber eingehende Berichte vor. Ein dortiger Gewährsmann aus amerikanischen Regierungskreisen erklärte dazu auf Anfrage, daß diese Behauptung frei erfunden sei. „Wir haben“, so sagte er wörtlich, „nichts derartiges gehört, nicht einmal gerüchtweise.“

Gangster überfielen Postwagen

Ein Toter und zehn Verletzte bei Feuergefecht

Lyon (UP). Fünf Gangster töteten einen Polizeibeamten und verletzten im ganzen zehn Personen, als sie einen Kraftwagen der Post anzuhalten versuchten, der sechs Millionen Francs mit sich führte. Die Gangster flüchteten schließlich in einem langen schwarzen Wagen, ohne das Geld bekommen zu haben. Der Lastwagen der Post hatte das Postgebäude mit den Einnahmen des Tages verladen, als der schwarze Wagen ihn überholte. Dabei sprangen fünf mit Maschinenpistolen bewaffnete Männer heraus, um den Postwagen anzuhalten. Sie hatten wohl geglaubt, nur den Fahrer vorzufinden, statt dessen saßen außer dem Fahrer noch zwei Polizeibeamte im Lastwagen. Die Banditen eröffneten das Feuer, flüchteten aber sofort, als sie die Polizeibeamten erblickt hatten. Der Lastwagen wurde von Kugeln durchlöchert. Ein Polizeibeamter war sofort tot. Der andere wurde in schwerem verletzten Zustand in ein Krankenhaus gebracht.

Durch die Schüsse der Gangster wurden insgesamt neun weitere Personen zum Teil schwer verwundet.

Wer mordete, wer war Mitwisser?

Fäden im Mordprozess Kusian verwirren sich

Berlin (UP). Die Fäden im Prozess gegen die des doppelten Raubmordes angeklagte Krankenschwester Elisabeth Kusian verwirren sich am vierten Verhandlungstage vor dem Moabiters Schwurgericht durch weitere Zeugenaussagen so stark, daß zeitweilig die Zurückweisung des Verfahrens an den Untersuchungsrichter in Erwägung gezogen wurde.

Einige Aussagen warfen erneut einen Verdacht auf den geschiedenen Ehemann der Kusian, der auf Grund der Mordbeschuldigungen seitens der Angeklagten in Untersuchungshaft genommen worden war.

Das Gericht vertagte sich auf kommenden Dienstag, um dann die früheren Geständnisse der Angeklagten noch einmal in stundenlangem Verlesung von Protokollen aufzurollen und durch die Vorladung weiterer Zeugen die noch völlig offene Frage zu klären: wer mordete, wer war Mittäter oder Mitwisser, wer ist schuldig?

Das ist eine haltbare Sorte, man muß sich grad wundern, bei dem Leben, das sie führt.“

„Gottfried, Du mußt mir so viel erzählen. Hast du Zeit?“

„Bis um drei Uhr etwa. Ich hab gedacht, wenn ich einmal in Bern bin, überschlag ich einen Zug oder zwei. Eigentlich —“ fugte er egeroder hinzu — „wollt ich noch zum Bärenkraben.“

Nicht leichter als das. Ich fahre dich hinter, mein Wagen steht in der Schauplatz-gasse. Wohin bist du denn unterwegs?“

„Nach Kandersteg“, sagte der Knecht bedächtig. „Von dort lauf ich in einer guten Stunde in meine Heimatgemeinde. Ich bin zwölf Jahr nicht mehr dort gewesen, aber jetzt möcht ich doch mal schauen, ob sie viel Arbeit für mich haben.“

„Dann willst du jetzt, nach so vielen Jahren, doch weg vom Brunnenbühl?“

„Ingrid übergibt noch diesen Sommer, oder spätestens im Herbst, und unter dem Jungen bleib ich nicht.“

„Eugen?“

„Ja, Der verdammte Halldori! Der tut nicht gut.“

„Da wird es die Mutter wenigstens leichter bekommen“, lenkte Meinert ab. „Sie schreibt mir fast nie, und auch dann erzählt sie kaum vom Brunnenbühl. So weiß ich eigentlich überhaupt nicht, was dort vor sich geht.“

Sie waren in der Schauplatz-gasse angekommen, wo ein kleiner, schwarzer Mercedes stand.

„Ist das dein Auto?“

„Ja, ich hab's gerade noch vor Kriegsausbruch gekauft. Steig ein, Gottfried!“

„Fährst du auch richtig, Meinert? Hier ist so viel Verkehr. Ich möchte dann hier nicht begraben werden.“

„Aber Gottfried! Ich hab mich doch auch ins Chaisli gesetzt, wenn du kutschiert hast.“

„Das soll wohl sein, aber die dicke Fanny hat's ja auch gemütlich genommen. Wir haben sie vor ein paar Jahren abtun müssen. Um Gotteswillen Meinert, fahr doch nicht so schnell! Hübschell, immer hübschell!“

Maier zu Eisenhower eingeladen

Stuttgart (wbb). Der württembergische Ministerpräsident Dr. Maier ist von dem amerikanischen Hohen Kommissar John McCloy eingeladen worden, am dem in Bad Homburg zu Ehren General Eisenhowers stattfindenden Empfang teilzunehmen. Dr. Maier wird der Einladung Folge leisten.

„Nicht besser als Henker“

Anklage-Gutachter Rollin in Brüssel

Brüssel (UP). Der belgische Staatsrechtler Professor Rollin, der sein Gutachten im Prozeß von Falkenhausen für die Anklagevertretung fortsetzte, erklärte, die Zwangsarbeitsverpflichtungen seien ein Kriegsverbrechen gewesen, an dem Falkenhausen und der mitangeklagte ehemalige General Reeder teilgenommen hätten. Er gab zwar zu, daß einige Punkte zur Entlastung der Angeklagten beitrügen. Trotzdem seien sie „nicht besser als Henker“.

Ilse Koch erfährt Urteil

Justizbeamte unterrichten „Kommandeure“

Augsburg (UP). Justizbeamte des Augsburger Landgerichts haben die „Kommandeure von Buchenwald“, Ilse Koch, davon unterrichtet, daß sie vom Schwurgericht wegen begangener Grausamkeiten in Buchenwald zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde. Ilse Koch war bei der Urteilverkündung nicht anwesend gewesen, da sie zu dieser Zeit in der Krankenabteilung des Gefängnisses lag.

Am Rand bemerkt

Wenn einer eine Reise tut...

Ein gewöhnlicher Sterblicher kann von einer Reise etwas erzählen, wenn er sie hinter sich hat. Ein Staatsoberhaupt kann schon manches erzählen, noch lange vor dem Beginn der Reise...

Der französische Staatspräsident wird Mitte März an Bord der „Liberté“ nach Amerika fahren. Bekanntlich ist die „Liberté“ die ehemalige „Europa“.

Alles wäre einfach, wenn es sich nicht um einen Staatsbesuch handelte. So aber werden Dinge zu Wichtigkeiten, hinter denen die wirklichen Wichtigkeiten unwichtig werden. Wieviel Fruchanzüge mit dem breiten Band der Ehrenlegion sind notwendig? Wird der Präsident mehrere oder nur einen der leichten grauen Sommeranzüge mitnehmen, die nach Meinung des Chefs des Protokolls „amerikanisch“ sind? Andererseits liebt man in Amerika die Einfachheit, Kopfzerbrechen. Die Frage, ob neben dem Zylinder auch ein Panamahut im Präsidentenkoffer Platz hat, ist ebenfalls noch nicht gelöst.

Wie bereits erwähnt, reist der Präsident an Bord eines „zivilen“ Schiffes und nicht eines Kriegsschiffes, bei dessen Ankomst man 21 Kanonenschüsse abfeuert. Wird für den Zivilisten — denn ein Präsident reist nicht in Uniform — der Empfang ein Sirenenkonzert sein, wie dies in Amerika üblich ist?

Wird der Präsident im USA-Senat seine Rede auf englisch oder auf französisch halten? Wird er bis dahin die Sprache Shakespeares genügend beherrschen, oder braucht er für seine Unterhaltungen noch einen ständigen Dolmetscher?

Maß sich das französische Protokoll mit den „Empfangsbehörden“ in Washington darüber einigen, ein paar Kisten Champagner und andere französische Weine mitzubringen? Wäre es nicht eine Höflichkeit gegenüber dem Gastvolk, Coca-Cola zu trinken?

Und die letzte und nicht unwichtigste Frage: wie soll die Frau des Präsidenten angesprochen sein?

Das alles erscheint unwichtig, Gott sei Dank, aber gibt es noch diese Sorgen, denn sie beweisen, daß wir noch Europa sind... wbb.

DORIS EICKE

Copyright by Verlagsgesellschaft Eutlingen-Oertel & Spörer

Denn alle Schuld rächt sich auf Erden

33 Fortsetzung

„Bis zum heutigen Tage nicht länger Sie können ihn auf der Stelle haben.“ In harten Fünfßern zählte sie ihn aus.

„Das haben Sie dumm gemacht, Frau“, sagte er frech, während er das Geld einstrich. „Für Sie hätte ich mich zuschanden gewerkt. Jetzt können Sie sehen, wie Sie zu einem neuen Küfer kommen, der dumm genug ist, auch noch in den Reben und bei der Ernte zu schaffen. Ich hätte Sie wirklich für klüger gehalten. Das Brunnenbühl hätte Ihnen ein paar lumpige Küsse wert sein dürfen.“

Rösy hätte mit unbewegter Miene zugehört.

„Ihre Rechnung war falsch, Furrer“, sagte sie kalt. „von heute an geht mich das Brunnenbühl inwendig nichts mehr an.“

8. Kapitel

Jahre waren seit jenem Tag dahingegangen, geschwundene Jahre, die flüchtig dahinschwebten, und andere, die wie zähe, klebrige Tropfen in das Meer der Ewigkeit flossen. Es hatte Krieg gegeben und wieder Frieden, nach langer, endlos langer Zeit aber Neid, Mißtrauen und Untoleranz, diese Geißeln der Menschheit ließen keine wirkliche Entspannung eintreten, und ein lähmendes Gefühl der Unsicherheit lag über dem Heute und mehr noch über dem Morgen.

Wie eine kleine Insel des Friedens hatte die Schweiz den Krieg überstanden, nur eben gestreift von der gefährlichen Brandung, die ihr viel menschliches Strandgut an's Ufer warf. Aus den Erzählungen dieser Unglücklichen erlebte sie den Krieg aus zweiter Hand, ohne eine wirkliche Vorstellung seiner Schrecken, die zu beschreiben den armseligen Lauten menschlicher Sprache nicht gegeben ist.

An einem sonnigen Vormittag gegen Ende März kam ein junger Offizier über den Bahnhofplatz in Bern auf die Heiliggeistkirche zu. Er war groß und schmal und hatte ein ernstes durchgeistigtes Gesicht. Er war Meinert in seiner Blickrichtung sah ein älterer bäurisch gekleideter Mann auf den Kirchenstufen und sonnte sich, während er aus einem Papieräcklein sein Zäunli verzehrte.

Aus seiner bäuerlichen Jugend war es Meinert geblieben, daß er alles, was nach Land aussah genau betrachten mußte, und so suchte diesen Mann, der ihm irgendwie oekannt vorkam. Als der nun die Nase aus dem Papiersack hob und aufschaute, erkannten sie sich gleichzeitig.

„Gottfried! Ja ist denn so etwas möglich?“

„Wenn das nicht unser Meinert ist —“

„Er ist es. Nein, das ist eine Freude, dich zu sehen! Was machst du in Bern?“

„Ich esse mein Zäunli.“

„Das seh ich“, sagte Meinert lachend.

„Wenn du ein Stück Brunnenbühler Wurst essen willst, kannst du mithalten.“

Gottfried treuherzig und machte Miene, einen Wurstzettel aus seinem Papiersack zu fischen.

„Ich dank dir, Gottfried, aber ich bin mehr dafür, daß wir uns zusammen in eine Wirtschaft setzen, ich lad dich ein. Bist du denn wirklich noch immer im Brunnenbühl?“

„Ja geht, da staunst du?“

„Gottfried, tolt, indem er aufstand und sich die Hose abklopfte. „So lang wie ich hat es sonst niemand ausgehalten. Ich hab's nicht dem Alten zuliebe getan, das kannst du dir denken, aber die Frau hat mich halt gedauert.“

„Wie geht's der Mutter?“

„Sie hat sich nicht viel verändert, und ich glaub nicht, daß sie bis heute ein graues Haar

„Das nennst du schnell! Da kommt man ja zu Fuß nach.“

Gottfried war es nicht ganz geheuer, er sah wie auf dem Sprung und hatte kein rechtes Zutrauen zu Meiwerts Fahrkünsten. In Bundlach hatte er nur den Mistwagen gefahren und etwas mal eine kleine Fahre Klee. Das einzige Heufuder, das ihm Ingold einmal anvertraute, war im Straßengraben gelandet. Diese Erinnerung war nicht gerade dazu angetan, Zutrauen zu erwecken. Er war darum froh, als er beim Bärengraben unbeschädigt wieder heraufkriechen konnte.

Die drohigen Mutzen gaben ihm die gute Laune schnell wieder zurück. Meinert kaufte Rüben und Orangen zur Fütterung, aber Gottfried konnte sich nicht entschließen, letztere hinunterzuwerfen.

„Das wär doch eine Sünd!“

„Nur eine wenigstens, Gottfried. Es sieht so drollig aus, wenn sie sie schälen, damit sie die Frucht herausziehen können.“

Geschick warf er einer Bärin eine Orange zu. Auf den Hinterbeinen hockend, riß sie die Schale mit den Zähnen halb herunter und ließ sich den süßen Saft in das Maul laufen. Gottfried hatte seine Freude an den possierlichen Tieren, aber die Orange reute ihn doch. Er kam halt aus dem sparsamen Brunnenbühl.

„Du verdienst sicher gut, daß du das Geld so leicht ausgibst?“

„Es geht mir nicht schlecht, ich kann nicht klagen.“

„Was machst du denn jetzt?“

„Ich habe Musik studiert.“

„Aber warum denn? Du hast doch schon in Bundlach, beim alten Sutter, so schön spielen gelernt.“

„Findest du?“

„Das haben alle gesagt. Der Sutter ist ja jetzt auch schon unter dem Boden.“

„Ja, ich weiß, wir haben einander manchmal geschrieben, und er hat mir ja auch seine ganzen Noten und die Instrumente vermach.“

Fortsetzung folgt.

Umschau in Karlsruhe

Marie Luise Kaschnitz 50 Jahre alt. Die Dichterin und Schriftstellerin Marie Luise Kaschnitz feiert am 31. Januar ihre 50. Geburtstag. Frau Kaschnitz, eine gebürtige Karlsruherin, schrieb 1933 ihren ersten Roman „Liebe beginnt“, der seinerzeit allerdings wenig Beachtung fand.

Jugendbühne in Karlsruhe. In Karlsruhe ist eine Jugendbühne gegründet worden. Die neue Einrichtung, die dem Badischen Staatstheater angeschlossen ist, wolle nur für Jugendliche im Alter zwischen 10 und 14 Jahren spielen und diese Kinder durch geeignete gute Aufführungen von schlechten Filmen und sonstigem „Schmutz und Schund“ ablenken.

Aus der badischen Heimat

Heidelberg „vorgeschobenes Hauptquartier“? Heidelberg (SWK). Die Meldungen, wonach Frankfurt bereits mit aller Bestimmtheit zum „vorgeschobenen Hauptquartier“ General Eisenhovers ausserzehen worden sei, scheinen den Tatsachen vorauszuweichen. Jedenfalls haben Spezialisten auch Heidelberg mit in ihre Prüfung einbezogen. Die endgültige Entscheidung liegt in jedem Falle bei General Eisenhower selbst.

Jugendliche Einbrecher verurteilt Heidelberg (Iwb). Ein amerikanisches Gericht in Mannheim hat fünf Deutsche im Alter von 20 bis 22 Jahren zu Gefängnisstrafen zwischen vier Monaten und drei Jahren verurteilt. Die Verurteilten hatten bei insgesamt 15 Einbrüchen in amerikanischen Armeeunterkünften in Heidelberg Wertsachen und Gegenstände im Wert von mehr als 2000 Dollar gestohlen.

Wimpfener sollen selbst entscheiden Sinshelm (Id). Der Kreisrat des Kreises Sinshelm hat die Gemeindeverwaltung von Bad Wimpfen in einer Entscheidung aufgefordert, eine Entscheidung zur Klärung der territorialen Verhältnisse der Stadt Wimpfen herbeizuführen. Es wurde vorgeschlagen, die Bevölkerung von Bad Wimpfen solle in einer Abstimmung selbst darüber entscheiden, ob sie zu Hessen oder zu Württemberg-Baden im Landkreis Wimpfen war bis 1945 hessische Exklave zu dem es auch heute noch staatsrechtlich gehört. Nach dem Kriege wurde es auf Befehl der damaligen US-Militärregierung verwaltungsmäßig dem Lande Württemberg-Baden eingegliedert.

Gemeinde-Verband soll umgestaltet werden Schopfheim (Id). Auf einer Tagung der Kreisgruppe Lörrach des Verbandes der badischen Gemeinden wurden Vorschläge zur Umgestaltung der Verbandsorganisation gemacht. Vor allem soll der Vorstand künftig aus den 18 Kreisvorsitzenden und dem Geschäftsführer des Landesverbandes konstituiert werden. Eine weitere einstimmig angenommene Resolution fordert eine bessere Besoldung der nebenamtlich tätigen Bürgermeister der kleineren Gemeinden. Die Versammlung wandte sich ferner in einer scharf formulierten Entschließung gegen den vom badischen Finanzministerium vorgeschlagenen kommunalen Finanzausgleich.

Eine Amnestie für „Heustockflinten“? Oberlingen (SWK). Auf einer Tagung des Kreisjagdverbandes Oberlingen erklärte der Vorsitzende, daß in Kürze mit einer Amnestie für die sogenannten „Heustockflinten“ zu rechnen sei. So werden die Jagdgewehre bezeichnet, die von ihren Besitzern im Jahre 1945 nicht abgeliefert, sondern auf Heustockern und an sonstigen Stellen versteckt worden sind. Leider werden sie jedoch nicht so ohne weiteres ihrem eigentlichen Zweck zugeführt werden können. Man plant nämlich, die Wiederbenutzung gegen eine Gebühr in Höhe von 80 bis 150 DM zu gestatten.

Reise-Programm für das Bodenseegebiet Lindau (Id). In Lindau berieten die Verkehrsdezernenten der Bundesbahn-Direktionen mit einem Vertreter der Generaldirektion der Schweizer Bundesbahn und den Verkehrsleitern der Bodenseestädte über die verkehrstechnische Erschließung des Bodenseegebiets. Man kam überein, Tagesreisen in die Schweiz besonders zu fördern. Angestrebt wird — vor allem aus der Schweiz Seite — daß nach der Übergabe der Pässe an die deutschen Behörden im Februar jeder Gast am Bodensee einen Tageschein für eine Reise in die Schweiz erhalten kann. Schweizer Stellen bereiten Standardfahrten nach Lugano und Luzern sowie an den Vierwaldstättersee vor. Für die Bewohner der deutschen Bodensee-Berirke sind Einzelreisen in die Ostschweiz und in den Kanton Graubünden zu Gesellschaftsfahrttarifen geplant. Ende Februar wollen die Schweizer Stellen mit den Verkehrsministern am Bodensee ein genaues Programm für die Tagesreisen in die Schweiz festlegen. Die Regelung der Devisenfrage soll durch eine Pauschal-Zuteilung für Süddeutschland erreicht werden.

Schwerverbrecher an der Grenze verhaftet Lörrach (Id). Die Kriminalpolizei konnte in Lörrach überraschend zwei langgesuchte Schwerverbrecher festnehmen. Vermutlich haben sich die beiden in der südbadischen

Grenzstadt getroffen, um eine neue Bande aufzustellen. Bei dem einen Verbrecher handelt es sich um den seit zwei Jahren im Fahndungsblatt ausgeschriebenen 34 Jahre alten Eisenmann, der nach einem Raubüberfall in Stuttgart im März letzten Jahres der Polizei entkommen war. Eisenmann wurde der Stuttgarter Kriminalpolizei übergeben. Er wird u. a. des Raubhandels beschuldigt. Auch der zweite Verhaftete, ein 58 Jahre alter Pole, ist ein „schwerer Junge“, der von den Münchner Justizbehörden gesucht wird. Als Haupt einer neunköpfigen Bande soll er an einer ganzen Reihe von Einbrüchen und Gewalttaten beteiligt gewesen sein.

Kreuz und quer durch Baden Die Hindutänzerin Hima Kesarkodi gibt am 29. Januar in den Städtischen Bühnen in Heidelberg ein einmaliges Gastspiel. Die Künstlerin tanzt alte Tänze ihrer Heimat. Das frühere Hotel „Viktoria“ in Schönwald ist gründlich renoviert, zum größten Teil den Betriebskrankenkassen einiger rheinländischer Industrieunternehmen sowie der Stadt Wuppertal zur Unterbringung erholungsbedürftiger Kinder überlassen worden. Der Badische Fischereiverband, der sich vor

allem um die Forellenfischerei in den Gewässern des Schwarzwaldes und um die künstliche Fischzucht große Verdienste erworben hat, kann in diesem Jahr das Jubiläum seines 100jährigen Bestehens feiern.

Ausstellungen im Kurpfälzischen Museum. Im Kurpfälzischen Museum in Heidelberg wurde eine Kollektivausstellung mit Werken von Josef Scharl (New York) eröffnet. Die Ausstellung zeigt 44 Ölbilder und 16 Federzeichnungen des Künstlers. Gleichzeitig wurde in dem Vortragssaal des Kurpfälzischen Museums eine Ausstellung mit Plastiken und Zeichnungen von Emy Röder (Mainz) eröffnet.

Heidelberg erhält modernstes Kühlhaus Die Firma Brown, Boveri und Cie. in Mannheim hat von der Besatzungsmacht den Auftrag erhalten, in Heidelberg ein Kühlhaus zu errichten, das mit den modernsten Einrichtungen der Kältetechnik ausgestattet sein wird und schon im Laufe des Sommers schlüsselfertig übergeben werden soll. Das einstöckige Gebäude wird in sechs Räume aufgeteilt, in denen ständig Temperaturen bis zu 23,3 Grad unter Null herrschen werden. Das neue Kühlhaus dürfte die modernste Einrichtung dieser Art im Bundesgebiet werden.

Um das Berufsbeamtentum

Dr. Franz Meißel im Amt — Gögler beurlaubt

Stuttgart (Iwb). Pressemeldungen und Mitteilungen über eine beabsichtigte Abberufung des Ministerialdirektors im württemberg-badischen Kultusministerium, Dr. Franz (CDU), und des Staatssekretärs im Staatsministerium, Gögler (CDU), veranlaßt den Landesvorsitzenden der nordwürttembergischen CDU, Sempffendorfer, sich in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Maier zu wenden. In seinem Protestschreiben bezeichnete Sempffendorfer die beabsichtigte Abberufung als Angriff auf das Berufsbeamtentum und als Diskriminierung positiv christlich Eingestellter, insbesondere katholischer Beamter. In einer Aussprache mit Sempffendorfer betonte Ministerpräsident Maier und Kultminister Schenkel, daß sie der Absicht, den Ministerialdirektor Franz abzuberufen, fern seien. Staatssekretär Gögler ist vom Staatsministerium beurlaubt worden. Diese Beurlaubung wurde vom Ministerpräsidenten mit dem Gesundheitszustand des Staatssekretärs begründet. Auf Grund der Richtlinien über die Verwaltungsreform wird die Stelle des Staatssekretärs im Staatsministerium nicht neu besetzt werden.

Staatsrat Wittwer hat, wie der Ministerpräsident erklärte, die Absicht, aus dem Staatsministerium auszuscheiden. Wittwer wird jedoch bis auf weiteres noch im Amt bleiben. Der Leiter der Pressestelle des Staatsministeriums, Gloning, der augenblicklich schwer krank ist, soll nach seiner Wiedergenesung wegen Überschreitung der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt werden. Wie Dr. Maier weiter mitteilte, soll mit der Ernennung eines neuen Leiters der Pressestelle des Staatsministeriums dieses Amt völlig neu organisiert werden.

Brotpreiserhöhung zu erwarten Stuttgart (Iwb). Aus einem Schreiben, das der Verband der Back- und Süßwarenindustrie Württemberg-Badens an seine Mitglieder gerichtet hat, geht hervor, daß im Laufe der kommenden Woche in Nordwürttemberg mit einer Brotpreiserhöhung um etwa 3 Dpf. je Kilo gerechnet werden muß. In dem Schreiben wird erklärt, in verschiedenen Besprechungen mit dem Bäckereihandwerk sei Übereinstimmung darüber erzielt worden, daß auf Grund der erhöhten Herstellungskosten der Brotpreis auch in Nordwürttemberg erhöht werden müsse. Es sei auch bereits mit der Preisbildungsstelle des Wirtschaftsministeriums verhandelt worden. Nach beiderseitiger Auffassung bestehe kein Anlaß zum Einschreiten der Behörden, wenn bei einer Brotpreiserhöhung nur tatsächliche Kostensteigerungen berücksichtigt werden. Konsumbrot werde auch nach der Preiserhöhung nach wie vor für 48 Dpf. je Kilo abgegeben.

Deutsch-indische Studiengesellschaft gegründet Stuttgart (Iwb). Eine deutsch-indische Studiengesellschaft ist in Stuttgart gegründet worden, die sich über das gesamte Bundesgebiet ausdehnen und die vor dem Kriege zwischen den beiden Ländern bestehenden Beziehungen wieder ausbauen will. Die Gesellschaft glaubt ihr Ziel am besten durch einen regen Austausch von Studenten, Journalisten, Wissenschaftlern und Technikern erreichen zu können. Ehrenpräsident der Gesellschaft ist der ehemalige württemberg-badische Kultminister Dr. Büseler. Zum Vorsitzenden wurde Regierungsdirektor Dr. Seifritz gewählt. Die Gründung der Studiengesellschaft erfolgte mit Unterstützung des „Nah- und Fernostvereins“ und des „Indieninstituts“ in München. Der württemberg-badische Kultminister Dr. Schenkel, der in Indien als Sohn eines deutschen Missionars geboren wurde, sagte der Gesellschaft die Unterstützung des Kultministeriums zu. An der Gründungsversammlung nahmen ferner der stellvertretende indische Missionarschef in Berlin, Kewal Singh, und der indische Handelsattaché in Hamburg, Mr. Modi, teil.

Ein toller Bursche: H.E. Wildberg, Kreis Calw. Im Herbst 1950 wurde in Calw aus einer Strickwaren-

fabrik Ware im Wert von 7300 DM auf dreiste Art gestohlen. Das Schöffengericht Calw verurteilte den hier wohnhaften Dieb zu 13 Monaten Gefängnis. Die Verhandlung dockte abenteuerliche Begleitumstände auf. Der Dieb ließ sich Geld, mietete in Pforzheim einen Volkswagen leste Säcke, Eisenstäbe, Stechseisen, Bohrer bereit und fuhr in Richtung Calw los, wo ihm ein Kumpan einen Tip zu einem Einbruch gegeben hatte. Unterwegs trank er sich Mut an. Zwischen 2 und 3 Uhr nachts stellte er seinen Wagen in der Nähe des Fabrikfensters ab, drückte eine Scheibe ein und packte im Mondenschein alles zusammen, was er an Fertigwaren vorfand. In der Nähe von Deckenpfronn stellte er den Wagen etwas abseits, schlief ein, wurde gegen 5 Uhr von einem kontrollierenden Polizisten geweckt, merkte, daß es nur eine übliche Kontrolle war, gab zu, etwas zu viel getrunken und darum abseits geschlafen zu haben. Er fand auch Glauben! Er fuhr weiter, bat in Nagold seine ahnungslose Schwester, alles aufzubewahren. Er selbst betäubte sein Gewissen mit Alkohol, fuhr abends zurück zu seiner Frau und lud sie zum Abendessen in eine Wirtschaft ein. Doch da ereilte ihn die Nemesis! Die Deckenpfronner Kontrolle hatte ihre Früchte getragen. 36 Stunden nach dem Einbruch saß

der Dieb hinter Schloß und Riegel. Im Calwer Gefängnis öffnete er sich die Pulsadern, wurde gerettet, entkam später auf ganz abenteuerliche Art und wurde wieder geschleppt. Sein Kumpan erhielt gleichfalls fünf Monate.

Zusammenstoß und Fahrerflucht Murrhardt (Iwb). Zwischen Murrhardt und Sulzbach stießen ein vollbesetzter Omnibus und ein Lastkraftwagen zusammen. Dabei wurden zwei Fahrgäste des Omnibusses verletzt. Der Fahrer des LKW beging nach dem Unfall Fahrerflucht. Die Polizei konnte den Flüchtigen, einen Schlosser aus Schwäbisch Hall, ermitteln.

Brandstiftung in Kirchweihlaune Landau (Idn). Zur gesetzlichen Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis wegen vorsätzlicher Brandstiftung verurteilte das Schöffengericht Landau am Freitag einen jungen Mann, der im September vergangenen Jahres nach der Heimkehr von einer südpfälzischen Kirchweih in übermäßiger Alkohol-laune einen auf dem Felde aufgestapelten Strohhaufen von 350 Zentnern angezündet hatte. Den angerichteten Schaden von etwa 400 DM hat der Angeklagte dem geschädigten Bauern in der Zwischenzeit wieder ersetzt.

Betrunkener Taxifahrer verursachte Unfall Bad Mergentheim (Iwb). Ein Taxibesitzer hatte nach reichlichem Alkoholgenuß einen schweren Verkehrsunfall verursacht und dabei Fahrerflucht begangen. Er wurde zu 45 Tagen Gefängnis verurteilt. Außerdem wurde ihm der Führerschein sowie die Berechtigung zur Haltung von Mietfahrzeugen entzogen.

Wahrlich: ein teurer Ochs! Trier (Id). Ein Viehhändler hatte durch einen recht eigenartigen Kaufvertrag von einem Bauern einen Ochs erworben. Der Bauer wurde im kürzlich abgeschlossenen großen Schmuggelprozess in Jünkerath mitangeklagt. In der Absicht, der erwarteten Geldstrafe und den etwaigen Kosten des Verfahrens finanziell gesichert entgegenzusetzen, war der Bauer mit dem Viehhändler übereingekommen, daß dieser den 16 Zentner schweren Ochs für 1000 DM in bar und 10 DM Entschädigung für jeden Tag einer eventuellen Gefängnisstrafe übernahm. Das Geschäft wurde kräftig begossen, durch Handschlag bestätigt und durch Aushändigung eines Handgeldes nach unverzüglichem Bruch rechtskräftig. Der Bauer erhielt jedoch nicht die erwartete geringe Strafe, sondern wurde zur maßlosen Enttäuschung des Viehhändlers vom Richter für 115 Tage ins Gefängnis geschickt. So kam der Ochs dem Viehhändler auf insgesamt 2150 DM oder rund 2,70 DM je Kilo Lebendgewicht zu stehen. Der Trierer Schlachtviehmarkt notiert für Ochsenseihsch gegenwärtig aber 1,10 bis 1,70 DM je Kilo.

„Atomabfall“ hilft der Menschheit

Untersuchungen mit radioaktiven Stoffen — Erste Versuche in Deutschland

„Atomwissenschaft“ Für viele ein furchterregendes Wort, ein Alpdruck, ein Schlüssel zum allgemeinen Weltuntergang. Die Wissenschaftler selbst sind anderer Ansicht: „Die meisten Menschen denken nur an die Atombombe. Diese ist aber nur ein ganz kleines Nebengebiet der für die Entwicklung der Friedentechnik ungeheuer bedeutungsvollen Atomforschung.“ Es war der Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft für Forschung“ in Nordrhein-Westfalen, der vor kurzem mit diesen Worten die Bedenken einiger Ängstlicher gegen die geforderte Errichtung eines „Atommeilers“ in Deutschland zerstreuen wollte. In den vergangenen Monaten konnten westdeutsche Wissenschaftler äußerst wertvolle Untersuchungen mit Hilfe radioaktiver Stoffe, einem Nebenprodukt der Atomzertrümmerung, durchführen.

Beinahe schwachsinnig So erschien in den letzten Wochen ein Mann in einem Kölner Krankenhaus. Er wollte sich einen „Schönheitsfehler“ — eine Warze unterhalb der Zunge — entfernen lassen. Der leitende Arzt schöpfte Verdacht, es könne sich vielleicht um eine verlagerte Schilddrüse handeln. Er erinnerte sich an ausländische Experimente mit radioaktivem Jod, bat den Patienten, eine Woche zu warten und bestellte über die medizinische Forschungsanstalt der Max-Planck-Gesellschaft Göttingen eine geringe Menge präpariertes Jod aus einem englischen „Atommeiler“.

Als das Jod nach sechs Tagen in Köln eintraf, injizierte der Arzt es in den Körper des Patienten, den er sofort vor eine Röntgenplatte stellte. Die radioaktiven Strahlen machten das Jod sichtbar, und so konnte der Arzt genau den Weg des Jods verfolgen. Es ging erstaunlicherweise nicht dorthin, wo beim Menschen gewöhnlich die Schilddrüse sitzen, sondern sammelte sich in der Warze unterhalb der Zunge.

Weitere Untersuchungen bestätigten daraufhin, daß es sich bei dem angeblichen Schönheitsfehler tatsächlich um eine von Geburt an verlagerte Schilddrüse handelte. Hätte man die „Warze“ entfernt, wäre der Patient innerhalb einer Woche ein Kretin — das heißt schwachsinnig — geworden.

Dünger mit Radiumstrahlen Die Anwendung von radiumpräparierten Stoffen ist nicht nur für die Medizin, sondern auch für die Landwirtschaft von ungeheurer Bedeutung. Die landwirtschaftliche Versuchs-

anstalt der „Thomaspfanzersche“ in Essen ließ kürzlich Versuchsdünger mit radioaktivem Phosphor durchführen, der in Bleikästen ebenfalls über Göttingen aus England kam. Man wollte feststellen, wieviel Phosphor eine Pflanze braucht und wie schnell sie ihn verarbeitet. Die Absicht der Forscher war es, durch diese Untersuchungen den Wert der Phosphordüngung zu erkennen. Die Versuchspflanzen wurden nach kurzer Zeit mehrere Stunden auf einem mit Aluminiumfolie abgedeckten photographischen Film gepreßt. Die vom Phosphor ausgehenden Radiumstrahlen schwärzten den Film je nach Intensität mehr oder weniger stark. Man konnte dabei genau verfolgen, wie der Phosphor beim Rotklee bereits nach zwei Stunden, bei Getreide etwas später an den für die weitere Wachstum der Pflanzen wichtigen Stellen „eingetroffen“ war. Diese Beobachtungen haben den Wert des Phosphors für den Aufbau einer Pflanze und die Bedeutung der Phosphordüngung für die Landwirtschaft eindeutig bewiesen.

Deutsche „Wunderstoffe“? Die mit Hilfe radioaktiver Stoffe erzielten Untersuchungsergebnisse können bedeutend schneller und exakter gewonnen werden als mit den bisher bekannten chemischen Analysen am toten Objekt. Allerdings hat gegenwärtig nur das Ausland — hauptsächlich Amerika und England — Gelegenheit, die als „Abfallprodukte“ bei der Gewinnung von Atomenergie anfallenden radioaktiven Stoffe in großem Umfang für die friedliche Forschung einzusetzen. Deutsche Wissenschaftler können diese nicht sehr billigen „Wunderstoffe“ nur über Göttingen erhalten. Sie müssen jedoch einen genauen Bericht über Verwendung und Untersuchungsergebnisse an die britische Kontrollbehörde schicken.

Trotz des vielfach geäußerten Wunsches, gegen die alliierten Verbote anzugehen, können die deutschen Forscher bisher über die Kontrollbehörden wenig klagen. „Sie hindern unsere Arbeit kaum und helfen uns sogar in manchen Fällen“, meinte ein bekannter Professor. Ein führendes Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft für Forschung“ plädiert allerdings im Interesse einer fortschrittlichen Entwicklung für eine baldige Aufhebung aller Beschränkungen auf dem Gebiet der Wissenschaft: „Wir müssen endlich Anschluß an das Ausland gewinnen.“ H. v. S.

50 Jahre Erdal Seit 50 Jahren so wie heute der Begriff für richtige Schuhpflege

# Blitzlichter AUS ALLER WELT



**Flak für New York**  
Zum ersten Mal nach dem Kriege ist New York eine Flakgruppe zugeteilt worden



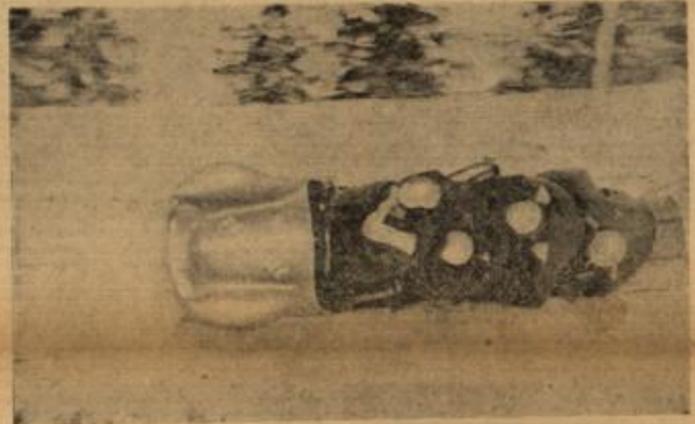
„Ike“ und „Monty“ trafen sich in Paris  
„Ike“, wie General Eisenhower (rechts) von seinen Soldaten genannt wird, hatte eine Unterredung mit dem britischen Feldmarschall Montgomery (links)



Gegen Landsberger Todesurteile  
In Landsberg kam es bei einer Protestkundgebung zu Zwischenfällen



In diesen Tagen fotografiert...  
Kinder beim Auf sammeln einer willkommenen Kohlen-„Sonderzuteilung“



Ostler wurde Zweier- und Viererbob-Meister  
In Garmisch brach Ostler außerdem Weltmeister Kilians Bahnrekord



Deutsche bauen am „Faruk-Kanal“  
Der in Arbeit genommene Faruk-Kanal ist eine Ausweichfahrrinne für den Sueskanal



König Abdullah — maßgebender Mann des Nahen Ostens  
König Abdullah von Jordanien (Mitte) begibt sich zur Eröffnung des Parlaments



Das Rad ohne Gummirreifen — wer will es ausprobieren?  
Der französische Erfinder Bernard hat dieses Rad entwickelt. Die Räder bestehen aus einem Radkranz, in dem mit Gummibändern ein kleineres Speichenrad aufgehängt ist



Nach Beendigung der ersten Sicherheitsgespräche  
Theodor Blank (links) und die beiden ehemaligen deutschen Generale Heusinger (verdeckt) und Speidel (zweiter von rechts), gefolgt vom franz. General General (rechts) Müller, das